

Kommentar zum Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung der Jahresrechnung 2022 der Stadt Aschaffenburg - TOP 3 - Plenum 4.3.24

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen

Wenn der Rechnungsprüfungsausschuss Prüffeststellungen trifft und Folgerungen daraus schließt, dann sollten wir doch davon ausgehen, dass sich die Verwaltung, die Stadtspitze und auch der Stadtrat daran hält. So warnt der Rechnungsprüfungsausschuss, dass sich „anhand der rückläufigen Entwicklung der Rücklage ... sich der finanzielle Spielraum der Stadt Aschaffenburg einengt.“ (S. 128) - und fordert dementsprechende Maßnahmen. Ich zitiere: „Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt zwingend die Einnahmeseite des Verwaltungshaushalts - und zwar losgelöst von der Gewerbesteuer - zu stärken.“ Dies soll sich an den Grundsätzen der Einnahmehbeschaffung in Art. 62 der Gemeindeordnung orientieren (S. 125) - u.a. wird hier auch darauf hingewiesen, dass über die Gewinnablieferung des Eigenbetriebs Stadtwerke der Haushalt der Stadt profitiert. Nebenbei wird auch die Erhöhung der Hundesteuer und anderer Gebühren genannt.

Art. 62 sagt hier klar in Absatz 2:

Die Kommune hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen

„1. soweit vertretbar und geboten aus besonderen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen,

2. im übrigen aus Steuern

zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen* nicht ausreichen.

(*Zu sonstigen Einnahmen gehören die Gewinnausschüttungen der Eigenbetriebe und der Sparkasse.) Im darauffolgenden **Absatz 3** steht eindeutig:

„Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.“

D.h. eine Neuverschuldung ist nur dann möglich, wenn alle sonstigen Möglichkeiten der Einnahmen ausgenutzt worden sind.

Hierunter fallen als erstes z.B. die Einnahmen aus der Gewinnabführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen. - Gebührenerhöhungen bringen hier nicht die nötigen Millionen - erst danach sind Steuererhöhungen durchzuführen. Und erst als drittes darf die Kommune sich neuverschulden wenn die beiden vorherigen Maßnahmen nicht ausreichen.

Doch was war das Ergebnis der Haushaltsberatung und der mittelfristigen Finanzplanung: Neuverschuldung von über 30 Millionen für das nächste Jahr und nochmal über 20 Millionen für 2026 und weitere 20 Millionen 2027 mit einer Gefährdung der Mindestrücklage.

Auch die hohen Ausgabereste von 42 Millionen Euro werden massiv kritisiert und auf die Gefahren hingewiesen die zu einem Stau führen und zu Liquiditätsproblemen führen können. Wo sind die konkreten Planungen um diese Projekte abzarbeiten?

Der Ausschuss warnt davor, dass sich der finanzielle Spielraum einengt. 2022 war das Haushaltsjahr noch geordnet. Doch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt würde künftig geschmälert werden, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Wie gesagt, dies war letztes Jahr! Doch wo sind die Gegenmaßnahmen?

Auf Seite 121 weist der Ausschuss auf die zunehmenden Kosten für das Klinikum hin. Allerdings für die heutigen Kenntnisse ein direkt maßvolles und tragbares Minus von rund 8,5 Millionen Euro. Gleichzeitig auch auf die Einnahmen durch die Stadtwerke von Gewinnablieferungen und Konzessionsabgaben in Höhe von 4,3 Millionen Euro.

Interessant ist der Hinweis des Ausschusses auf Seite 121, dass der Verwaltungshaushalt auch Einnahmen verbuchen könnte über die Gewinnablieferung der Sparkasse. Mit der Einschränkung, dass dies nur dann passiert nach - so wird es formuliert - soweit diese „Entscheidung nach §21 Abs. 3 (Verwendung des Jahresüberschusses) der Sparkassenordnung .., getroffen wird.“ - Wir wissen wie hier unsere Vertreter im Aufsichtsgremium dieser Bürgerbank seit Jahren reagieren. Anders als in unseren Nachbarkreisen Seligenstadt und Hanau wird entsprechend der Linie der CSU-Landesregierung eine Gewinnabführung rigoros abgelehnt.

Moralisch ein Desaster. Das Klinikum reißt uns mit seinem Defizit ab nächstes Jahr ins massive Minus. Eine Neuverschuldung wird schon mal eingeplant obwohl alle notwendig vorher durchzuführenden Maßnahmen beiseitegeschoben werden.

Ich kann es nur wiederholen: Wenn der Vorstand der Sparkasse jedes Jahr von den 30 Millionen Euro an Gewinnen vorab den größten Teil in Rücklagen versteckt um die mögliche Gewinnabführungsquote so gering wie möglich zu halten, dann ist dies politisch nicht tragbar wenn gleichzeitig dieselben Verantwortlichen im Aufsichtsrat des Klinikums die 40 Millionen Neuverschuldung beschließen nach dem Motto: Im einen Zweckverband die Gewinne horten und im anderen das Klinikum in kommunaler Hand gefährden. Dies ist meine persönliche Meinung und nicht die Meinung der Fraktion!

Wenn wir so weitermachen wie beschlossen ist gegen den Klimawandel und für die Verkehrswende im Sinne einer wirksamen und radikalen Politik zur Rettung der Erde kein Geld mehr da. Dass es auf diese prekäre Situation hinausläuft hat der Rechnungsprüfungsausschuss letztes Jahr festgestellt und gefordert: Wir brauchen höhere Einnahmen.

Daher ist die Einhaltung der Einnahmehbeschaffung nach der Gemeindeordnung für die Finanzierbarkeit der kommunalen Aufgaben und zum Kampf gegen die Klimakatastrophe gefordert. D.h.

1. Zuerst die Gewinnabführung der städtischen Betriebe und Unternehmen
2. Erst danach die Erhöhung kommunaler Steuern und
3. Erst wenn dies nicht hilft - dann eine Neuverschuldung.

Leider hat die Mehrheit des Stadtrates im Haushalt 24 in der mittelfristigen Finanzplanung sich für die umgedrehte Reihenfolge entschieden. Dies müssen wir im Laufe des Jahres ändern. Danke fürs Zuhören.

Jobue - 2.3.24